

BBW *Magazin*

3

März 2015 ■ 67. Jahrgang



Monatszeitschrift
BBW –
Beamtenbund
Tarifunion

Tarifrunde 2015/2016 in der heißen Phase:

**Es geht um
gutes Geld für
gute Arbeit**

Seite 4 <

Durch Fachkräftemangel zusätzliche Probleme bei Flüchtlingsaufnahme



BBW Beamtenbund Tarifunion

Als eigenständige Spitzenorganisation der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in der Bundesrepublik Deutschland betreibt der dbb beamtenbund und tarifunion und mit ihm in Baden-Württemberg der BBW eine gezielte Berufspolitik für den öffentlichen Dienst.

Die an den Problemen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ausgerichtete Interessenvertretung ist nicht nur für diese selbst unverzichtbar: Sie nützt zugleich den Bürgerinnen und Bürgern und trägt zur Lösung staatlicher und gesellschaftspolitischer Probleme aus der unverfälschten Erfahrung und Interessenlage der im öffentlichen Dienst arbeitenden Menschen bei.

Die alle Sparten und Funktionen des öffentlichen Dienstes berücksichtigende Mitgliederstruktur des Beamtenbundes und sein demokratischer Aufbau garantieren, dass auch in Zeiten wachsender Gleichgültigkeit gegenüber Aufgaben, Struktur und Funktion des öffentlichen Dienstes bei politischen und gesellschaftlichen Instanzen sachverständige und engagierte Interessenvertretung geleistet wird.

Solidarisch ■ kompetent ■ erfolgreich!

Am Hohengere 12 • 70188 Stuttgart
Telefon 07 11/1 68 76-0 • Telefax 07 11/1 68 76-76
Internet: www.bbw.dbb.de • E-Mail: bbw@bbw.dbb.de

> Editorial

*Liebe Kolleginnen,
liebe Kollegen,*

die Tarifrunde TV-L 2015 hat in diesem Jahr besondere Bedeutung: So pochen die verhandelnden Gewerkschaften darauf, dass der Abschluss TVöD 2014 eine Marke gesetzt hat und dass dementsprechend auch die Beschäftigten der Länder, Tarifbeschäftigte, Beamte und Versorgungsempfänger, weder von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung, noch von den Erhöhungen bei den kommunalen Tarifbeschäftigten abgekoppelt werden dürfen. Zusätzlich werden die Verhandlungen durch die nicht gelöste Frage der Lehrer-Entgeltordnung erschwert, die in die regulären TV-L-Verhandlungen hineingenommen wurde.

Die Bundesländer jammern angesichts der kommenden Schuldenbremse, doch sie „jammern auf hohem Niveau“. Denn die Steuereinnahmen bewegen sich in noch nie dagewesenen Höhen.

Wir stehen vor der entscheidenden, dritten Verhandlungsrunde Mitte März. Das ergebnislose letzte Gespräch Ende Februar fordert Kampfmaßnahmen heraus. So hat auch der dbb seine Mitgliedsgewerkschaften und ihre Mitglieder zu Warnstreiks aufgerufen. Wir in Baden-Württemberg haben hierfür den 11. März festgelegt. An diesem Tag wird gestreikt. Tarifbe-

schäftigte der allgemeinen Verwaltung, der Steuerverwaltung, an den Schulen, im Vollzug bis zu den Straßenmeistereien sind aufgerufen. Parallel hierzu werden wir in einer Kundgebung in Stuttgart unseren ungebrochenen Willen zur Teilhabe an der wirtschaftlichen Entwicklung aufzeigen. Tarifbeschäftigte und Beamtinnen und Beamte, Aktive, Berufsanfänger und Versorgungsempfänger sind aufgerufen nach Stuttgart zu kommen. Machtvoll muss diese Demonstration werden. Dazu fordere ich Sie alle auf.

Nur wenn wir unsere Entschlossenheit zeigen, werden wir in den Tarifverhandlungen erfolgreich sein.

Doch es geht nicht nur um die Tarifbeschäftigten. Nein, auch die Beamtinnen und Beamten, Aktive und Versorgungsempfänger sitzen mit im Boot. Wir werden der Landesregierung zeigen, was wir von ihrer „Politik des Nicht-gehört-werdens“, von ihrer Politik der Beamtensonderopfer halten!

Die grün-rote Landesregierung kann vielen Menschen in unserem Land Sand in die Augen streuen, wie „erfolgreich“ sie regiere. Wir im öffentlichen Dienst, Tarifbeschäftigte, Berufsanfänger, Leistungsträger, Pensionäre und Witwen wissen und werden sich auch künftig erinnern, dass nur bei ihnen gespart wird und wurde. Überall fließt das Geld, ist das „Füllhorn des Landes“ geöffnet: Straßenbau, energetische Sanierung, eine Polizeireform, aufwendige Bildungsprojekte, die zusätzliche Stellen verschlingen, bis hin zum Hochschulpakt. Überall ist das Geld da. Nur nicht für die Beamtinnen und Beamten! Wir wer-



den sehen, wie die grün-rote Landesregierung mit der Kernfrage, nämlich mit der Übertragung des Tarifabschlusses TV-L auf die baden-württembergische Beamten-schaft, umgehen wird.

Das Geld ist da. In den vergangenen vier Jahren stiegen die Einnahmen des Landes um 7,8 Milliarden, also um 22 Prozent (!!!). Die Ausgaben hat die grün-rote Landesregierung um 5,9 Milliarden gesteigert und damit um 16 Prozent! Gespart wurde in diesen Jahren im Land nur marginal ... bei den Beamtinnen und Beamten ausgenommen. Bei ihnen, und nur bei ihnen, hat die Landesregierung sich bedient.

Kommen Sie zu unserer Kundgebung am 11. März! Zeigen wir der Landesregierung, was wir von ihrer Politik halten ... und was die Beamtinnen und Beamten erwarten, nämlich die 1:1-Übernahme des TV-L-Ergebnisses, inhalts- und zeitgleich.

Mit kollegialem Gruß

JW Volker Stich

Ihr Volker Stich

In dieser Ausgabe

Durch Fachkräftemangel zusätzliche Probleme bei Flüchtlingserstaufnahme	4
Protestveranstaltung in Stuttgart: Landesvorstand erteilt grünes Licht	5
Neue Beurteilungsrunde steht an	6
Protest in Stuttgart am 11. März 2015	6
Flagge zeigen während der Mittagspause: Tarifbeschäftigte und Beamte solidarisch vereint	7
Höchste Zeit, Bedienstete im Strafvollzug nicht länger alleine zu lassen	9
Pflegezeit, Familienpflegezeit, Elternzeit – Verbesserungen bei Pflege und Elternzeit auf Beamtenbereich übertragen	10
Landesoberbehörde „IT Baden-Württemberg“ – BBW mahnt Augenmaß an	10
Beim Schuldenmachen rangiert das Land ganz vorn	12
BBW und vbba: Engere Zusammenarbeit vereinbart	13
Treffen im Grenzsteinmuseum in erlesener Runde	13
Land macht Geld für schulische Inklusion locker	14
Seminare	14

> Impressum

Herausgeber: Beamtenbund Baden-Württemberg, Am Hohengeren 12, 70188 Stuttgart.
Vorsitzender: Volker Stich, Heidelberg. **Stellvertretende Vorsitzende:** Gerhard Brand, Murrhardt; Dorothea Faisst-Steigleder, Heidenheim; Waldemar Fütter, Mössingen; Michaela Gebele, Karlsruhe; Joachim Lautensack, Bruchsal; Kai Rosenberger, Rottweil.
Schriftleitung: „BBW Magazin“: Volker Stich, Am Hohengeren 12, 70188 Stuttgart. **Redaktion:** Heike Eichmeier, Stuttgart.
Landesgeschäftsstelle: Am Hohengeren 12, 70188 Stuttgart. **Telefon:** 0711.16876-0. **Telefax:** 0711.16876-76. **E-Mail:** bbw@bbw.dbb.de.
Postanschrift: Postfach 10 06 13, 70005 Stuttgart.
Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift erscheint zehnmal im Jahr. Für Mitglieder des Beamtenbundes Baden-Württemberg ist der Verkaufspreis durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Der Abonnementspreis für Nichtmitglieder des dbb beträgt jährlich 15,90 Euro zuzüglich Postgebühren. Der Bezugspreis für das Einzelheft 2,- Euro zuzüglich Postgebühren. Bezug durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag.
Verlag: dbb verlag gmbh. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de.
Verlagsort und Bestellschrift: Friedrichstr. 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.
Versandort: Geldern.
Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42-50, 47608 Geldern.
Layout: Dominik Allartz, FDS, Geldern.
Anzeigen: dbb verlag gmbh, Mediacentre, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. **Anzeigentarif** Nr. 32, gültig ab 1.10.2014. **Druckauflage:** 71 500 (VVW 4/2014), inkl. Auflagenanteil Seniorenmagazin. **ISSN** 1437-9856

Gedankenaustausch mit Amtschefin im Regierungspräsidium Karlsruhe

Durch Fachkräftemangel zusätzliche Probleme bei Flüchtlingserstaufnahme

Spitzenvertreter des BBW und die Amtschefin des Regierungspräsidiums Karlsruhe sind Mitte Februar zu einem Gedankenaustausch in Karlsruhe zusammengetroffen. Zentrale Themen der Unterredung waren der Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst, die Stellensituation in den Regierungspräsidien und die Forderung des BBW nach zeit- und inhaltsgleicher Übertragung des Tarifergebnisses TV-L auf den Beamtenbereich.

Die Aufnahme von Flüchtlingen stellt Länder und Kommunen vor große Herausforderungen. Im Gespräch mit BBW-Chef Volker Stich und BBW-Vize Joachim Lautensack bekennt Regierungspräsidentin Nicolette Kressl unumwunden: Die aktuelle Asylproblematik sei beim Regierungspräsidium Karlsruhe derzeit Sachthema Nr. 1. Schließlich sei die Behörde für die Flüchtlingserstaufnahme zuständig und erfahre praktisch Tag für Tag aufs Neue, dass qualifiziertes Fachpersonal für bestimmte Bereiche kaum noch zu finden ist.

Ein solcher Bereich ist die Flüchtlingserstaufnahme. Hier sei es besonders schwierig, geeignetes Fachpersonal zu bekommen, sagt Kressl. Der Grund sei naheliegend: Zum einen handele es sich um eine schwierige Tätigkeit, die nicht nur Einfühlungsvermögen sondern auch Fremdsprachenkenntnisse verlange und mit Eingruppierung E 5 nicht gerade üppig honoriert werde. Daran ändere auch wenig, dass für solche Kräfte aufgrund eines TdL-Beschlusses eine Zulage gezahlt werden kann.

Der technische Bereich ist ein weiterer Brennpunktbereich. Hier habe man ebenfalls große Mühe, qualifiziertes Personal zu gewinnen. Ingenieure, die bereit sind im öffentlichen Dienst zu arbeiten, gebe es kaum, insbesondere Spezialis-



> Im Regierungspräsidium in Karlsruhe: BBW-Vize Joachim Lautensack, Regierungspräsidentin Nicolette Kressl, BBW-Chef Volker Stich, BBW-Geschäftsführerin und Justiziarin Susanne Hauth (von links).

ten für den Straßenbau. Im Prinzip wundert sich Regierungspräsidentin Kressl darüber nicht: In einer Hochtechnologie-region wie Karlsruhe sei es in Zeiten guter Konjunktur eben besonders schwierig, qualifiziertes Personal für den öffentlichen Dienst zu finden, sagt sie bedauernd, unterstreicht jedoch zugleich: „Die Stellen bleiben dennoch nicht über längere Zeit unbesetzt.“ Schließlich habe man sich auch einiges einfallen lassen, um einen Arbeitsplatz beim Regierungspräsidium attraktiv zu machen.

So hat man beim Regierungspräsidium Karlsruhe das Angebot an Telearbeitsplätzen ausgedehnt, vielfältige flexible Arbeitszeitmodelle auf den Weg gebracht und auch für Führungskräfte die Möglichkeit geschaffen, in Teilzeit zu arbeiten. Regierungspräsidentin Kressl ist überzeugt, dass solche Angebote zur Steigerung der Attraktivität einer Beschäftigung im öffentlichen Dienst entscheidend beitragen. Froh ist sie dennoch, dass man beim Regierungspräsidium Karlsruhe aufgrund der Verschiebung des

gramms befristete Arbeitsverträge jetzt schneller als bisher entfristen kann.

Die Frage des BBW-Vorsitzenden, ob sich die abgesenkte Eingangsbesoldung bei der Suche nach Fachkräften negativ bemerkbar mache, beantwortete Regierungspräsidentin Kressl abwehrend. Sie räumte jedoch ein, dass die Absenkung der Eingangsbesoldung sicherlich nicht zur Attraktivität des öffentlichen Dienstes beitrage. Allerdings seien die Auswirkungen nicht messbar.

Die Tarifverhandlungen für die öffentlich Beschäftigten der Länder haben begonnen. Anlass genug für BBW-Vorsitzenden Stich die Forderung des BBW zur zeit- und inhaltsgleichen Übertragung des Tarifergebnisses TV-L auf den Beamtenbereich zu thematisieren. Die Regierungspräsidentin nahm die Ausführungen zur Kenntnis, bekannte jedoch, dass sie gegenwärtig die Stelleneinsparpflichtungen weit mehr beschäftigten. Sie wies auf eine Mitarbeiterbefragung bei ihrer Behörde hin, die ergeben habe, dass in allen Bereichen durchgängig herausragend die quantitative Arbeitsbelastung kritisiert wird. Verwunderlich sei dies nicht, sagte Kressl und erinnerte daran, dass die Regierungspräsidien in den zurückliegenden Jahren eine Vielzahl an Stellen abgebaut haben. Ihr Fazit: Inzwischen sei das Ende der Fahnenstange erreicht. Deshalb dürfe das 1 480er-Stelleneinsparprogramm nicht weitergeführt werden. Darin seien sich alle vier Regierungspräsidenten einig. ■



Protestveranstaltung in Stuttgart

Landesvorstand erteilt grünes Licht

Nachdem die öffentlichen Arbeitgeber auch im Verlauf der zweiten TV-L-Verhandlungsrunde kein substantielles Angebot vorgelegt haben, hat der dbb am 27. Februar für die Zeit vom 2. März 2015 bis einschließlich 16. März 2015 die Freigabe zu eintägigen Warnstreiks erteilt. Bereits zwei Tage zuvor hatte der Landesvorstand des BBW – vorbehaltlich der Streikfreigabe – die Weichen für Kampfmaßnahmen gestellt.

Bereits im Vorfeld der Streikfreigabe war klar, sollte es zu Kampfmaßnahmen kommen, wäre dies in Baden-Württemberg am 11. März. Diesem Termin entsprechend hat der BBW-Landesvorstand beschlossen, für den 11. März Tarifbeschäftigte, Beamtinnen und Beamte sowie Versorgungsempfänger gemeinsam zu einer großen Protestveranstaltung nach Stuttgart einzuladen. Vier Tage vor Beginn der nächsten Verhandlungsrunde am 16. und 17. März will man im Schulterchluss Flagge zeigen, um den Druck auf die Arbeitgeberseite zu erhöhen.

BBW-Chef Volker Stich forderte die Delegierten des Landesvorstands auf, innerhalb ihrer Organisationen auch bei Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängern für eine rege Beteiligung an der Stuttgarter Protestveranstaltung zu werben. Jetzt gehe es darum,

gegenüber den öffentlichen Arbeitgebern und Dienstherrn Solidarität zu demonstrieren. Schließlich sei das Tarifergebnis die Vorlage für die Anpassung von Besoldung und Versorgung. Deshalb sollten Beamte, die ja nicht streiken dürfen, auch bereit sein, für Protestveranstaltungen Freizeit zu opfern. Nach wie vor ist die Stimmung in

weiten Kreisen der Beamtenschaft aufgrund der einseitigen grün-roten Sparpolitik schlecht. Entsprechend äußerte sich BBW-Chef Stich vor dem Landesvorstand. Er forderte die Landesregierung auf, ihre bis zur Landtagswahl 2016, ja bereits bis 2020 gefassten Sparbeschlüsse zulasten der baden-württembergischen Beamtin-

nen, Beamten und Versorgungsempfänger nicht nur grundlegend zu überdenken sondern zu revidieren. In erster Linie müsse das Tarifergebnis 2015/2016 ohne Wenn und Aber zeit- und inhaltsgleich auf Beamtinnen, Beamte und Versorgungsempfänger übertragen, die Absenkung der Eingangsbesoldung zurückgenommen und die „Mütterrente“ sowie die „Rente mit 63“ systemkonform für den Beamtenbereich übernommen werden. Zudem forderte er die Korrektur weitreichender, ungerechter und besonders Ältere belastender, seit 2013 in Kraft gesetzter Beihilfeänderungen. ■



Fotos: BBW

Neue Verordnung seit 24. Dezember 2014 in Kraft

Neue Beurteilungsrunde steht an

Demnächst wird die neue Beurteilungsrunde eingeläutet. Grundlage hierfür ist die neue Verordnung der Landesregierung über die dienstlichen Be-

urteilungen der Beamtinnen/ Beamten, die am 24. Dezember 2014 in Kraft getreten ist. Doch was man sich von der Reform dieser Verordnung versprochen

hatte, erfüllt sie nach Ansicht des BBW bei Weitem nicht.

Entsprechend kritisch war die Stellungnahme des BBW zu diesem Reformvorhaben auch ausgefallen. Insbesondere bedauert hatte man, dass die Chance für eine grundlegende und umfassende Reformierung des Beurteilungssystems nicht ergriffen wurde. Die neue Verordnung bleibt nach Ansicht des BBW weit hinter den Erwartungen zurück, die man in die Reform gesetzt habe und taugt auch nicht dafür, die latente Unzufriedenheit mit dem Beurteilungswesen zu beheben. Die jetzt geltenden Quotenrichtlinien tragen nach Ansicht des BBW sogar noch zu-

sätzlich zur Demotivierung der Beschäftigten bei.

Positiv hat der BBW nur wenig bewertet, so beispielsweise, dass keine Verkürzung des Beurteilungsintervalls der Regelbeurteilung vorgenommen, sondern der Zeitraum von drei Jahren beibehalten wird. Damit wurde eine BBW-Forderung umgesetzt. Kritisiert hat er hingegen, dass die Höchstaltersgrenze für Regelbeurteilungen von bisher 55 Jahren auf 60 Jahre angehoben wurde. Der BBW hatte sich hier für eine Anpassung an die Lebensarbeitszeit eingesetzt und dementsprechend eine Anhebung um zwei Jahre auf 57 Jahre als sachgerecht befürwortet. ■



6

Am 11. März 2015 – Protest in Stuttgart

Protest in Stuttgart – das ist die Antwort von BBW und dbb auf die Blockadehaltung der öffentlichen Arbeitgeber. Es geht um gutes Geld für gute Arbeit – um 5,5 Prozent, mindestens aber 175 Euro für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Deshalb rufen dbb und BBW gemeinsam im Rahmen eines landesweiten Warnstreiks für den

11. März 2015

zu einem Protestmarsch durch die Stuttgarter Innenstadt mit abschließender Großkundgebung auf dem Schlossplatz auf. Sammelpunkt ist ab 10 Uhr in der Lautenschlagerstraße gegenüber dem Stuttgarter Hauptbahnhof. Von dort wird sich der Protestzug gegen 11:30 Uhr zum Schlossplatz bewegen, wo für 12 Uhr der Beginn der Kundgebung geplant ist.

Hauptredner sind

- Willi Russ, stellvertretender dbb Vorsitzender und Fachvorstand Tarifpolitik, sowie
- Volker Stich, stellvertretender dbb Vorsitzender und Vorsitzender des BBW – Beamtenbund Tarifunion.

Beamtinnen und Beamte sind aufgefordert, sich während ihrer Freizeit an der Protestveranstaltung zu beteiligen. Gleiches gilt für Versorgungsempfänger. Denn schließlich ist der Tarifabschluss die Vorlage für die Anpassung von Besoldung und Versorgung. ■



5,5 Prozent plus für Arbeitnehmer und Beamte

Flagge zeigen während der Mittagspause: Tarifbeschäftigte und Beamte solidarisch vereint

Die Einkommensrunde im öffentlichen Dienst der Länder ist eröffnet. 5,5 Prozent plus, mindestens aber 175 Euro mehr, fordert der dbb beamtenbund und tarifunion. Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, gehen in diesen Tagen auch in Baden-Württemberg Tarifbeschäftigte und Beamte in ihrer Mittagspause solidarisch vereint auf die Straße. Beamte sind bereit, für Protestaktionen Freizeit zu opfern, und Tarifbeschäftigte machen keinen Hehl daraus, dass sie im Notfall auch bereit sind, für die Tarifforderung ihrer Organisation zu streiken. Die Auftaktveranstaltung war am 19. Februar 2015 in Karlsruhe. Tags drauf machten in Stuttgart demonstrierende öffentlich Beschäftigte auf sich aufmerksam. Am 23. und 24. Februar wurden die Aktionen in Heidelberg fortgesetzt.

Veranstalter der Mittagspausenaktionen ist die DPoIG. Doch an ihrem Stand, wo es neben Infomaterial auch Essbares gibt, versammeln sich nicht nur DPoIG-Mitglieder. „Wir haben die Kolleginnen und Kollegen aus anderen BBW-Gewerkschaften und Verbänden aufgerufen, gemeinsam mit uns

für gerechten Lohn für gute Arbeit zu streiten“, sagt DPoIG-Landestarifbeauftragter Manfred Riehl. Er warnt die öffentlichen Arbeitgeber und Dienstherren gleichermaßen: „Wenn die nicht endlich begreifen, dass sie in ihr Personal investieren müssen, sieht es in Deutschland schon bald ziemlich düster aus.“



> Der stellvertretende BBW-Vorsitzende und DPoIG-Landeschef Joachim Lautensack (rechts) diskutierte in Karlsruhe am Stand der DPoIG mit den Kolleginnen und Kollegen.

Mehr als 100 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes waren in Karlsruhe und Stuttgart dem Aufruf der DPoIG gefolgt. Gekommen waren Poli-



> Neben Info-Material gab es für Interessierte auch am Stand in Stuttgart-Bad Cannstatt Essbares.

zisten, Beschäftigte der Forstverwaltung, Kolleginnen und Kollegen aus dem Straßenverkehrsdienst, der Finanzverwaltung, aber auch Lehrer und Beamte aus allen Verwaltungsbereichen, die ihre Mittagspause nutzten, um mit ihren Kolleginnen und Kollegen aus dem Tarifbereich Flagge zu zeigen.

Interessierten Passanten drückten die Demonstrierenden einen Flyer in die Hand, auf dem detailliert die Forderungen des dbb aufgelistet sind:

> Erhöhung der Tabellenentgelte um 5,5 Prozent – mindestens 175 Euro

> Zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des materiellen Gehalts der Tarifeinigung auf den Beamtenbereich

> Erhöhung der Ausbildungsentgelte um 100 Euro und 30 Tage Urlaub für alle Auszubildenden

> Wegfall der sachgrundlosen Befristung

> Schaffung einer Entgeltordnung für Lehrer

> Laufzeit zwölf Monate

In Heidelberg und Freiburg erwartet der Landestarifbeauftragte der DPoIG eine ähnliche Beteiligung an den Mittagspausen-Aktionen wie in Karlsruhe und Stuttgart. Er weiß, dass die Kolleginnen und Kollegen sauer sind. Sie hätten das Klagegeld von den leeren Kassen satt und forderten gutes Geld für gute Arbeit. „Das gilt für Tarifbeschäftigte und Beamte gleichermaßen“, sagt Riehl und unterstreicht: Deshalb gingen Tarifbeschäftigte und Beamte auch gemeinsam auf die Straße und opferten ihre Mittagspause und im Zweifelsfall auch einen Urlaubstag. Doch nicht allein die Forderung nach angemessener



> Gruppenbild mit Damen – die Akteure vor dem Freiburger Polizeipräsidium.



> Zum Einheizen – Suppe aus der Gulaschkanone.

Bezahlung vereint Tarifbeschäftigte und Beamte im Schulterschluss. In nahezu allen Bereichen des öffentlichen Dienstes klagten die Kolleginnen und Kollegen über Arbeits-

verdichtung, sagt Riehl. Es fehle an qualifiziertem Personal. Der Mangel an Nachwuchs sei im öffentlichen Dienst nämlich längst angekommen. Auch deshalb mahnt Riehl die öffentli-

chen Arbeitgeber und Dienstherrn eindringlich, den Forderungen der Gewerkschaften nachzukommen. Schließlich müsse der öffentliche Dienst auch in Zukunft in ausreichen-

dem Umfang über qualifiziertes Personal verfügen, damit Herausforderungen wie der demografische Wandel, Zuwanderung und Digitalisierung zu schultern sind.



> Die Mittagspausen-Aktion startete am 19. Februar in Karlsruhe. Zwischen 11 und 13 Uhr gab es am Stand der DPoIG vor dem Polizeipräsidium für Jedermann Gelegenheit, sich über das Wie und Warum der Tarifforderung zu informieren.

An allen Standorten Tarifbeschäftigte und Beamte solidarisch vereint

Gelegenheit zum Informationsaustausch – es war ein Kommen und Gehen an den Infoständen der DPoIG, die sich für die Mittagspausen-Aktionen Karlsruhe, Stuttgart, Heidelberg und Freiburg verantwortlich zeichnete. Tarifbeschäftigte und Beamte nahmen gleichermaßen das Angebot wahr, um im Gespräch mit Kolleginnen und Kollegen Frust loszuwerden über die stetig wachsende Arbeitsverdichtung bei einer Bezahlung, die viele als nicht mehr aufgabengerecht empfinden. Die für die Aktionen Verantwortlichen hatten am Ende der Veranstaltungen an den Infoständen an allen Standorten mehr als hundert Besucher gezählt.



> Die einen gehen, die anderen kommen – an den Stehtischen vor dem Polizeipräsidium Karlsruhe war immer etwas los.



> Nachgefragt – Bürgerinnen und Bürger suchen das Gespräch und wollen wissen, was öffentlich Beschäftigte auf die Straße treibt.



> Die Akteure der Mittagspausen-Aktion in Heidelberg mit dem BBW-Vize und DPoIG-Landeschef Joachim Lautensack.



> Ein Kommen und Gehen – Kolleginnen und Kollegen trafen sich am Stand der DPoIG in Heidelberg zu einem Plausch. Thema war immer wieder die BBW-Forderung nach Übertragung des Tarifergebnisses TV-L auf den Beamtenbereich.



> Der Infostand der DPoIG an zentraler Stelle in Stuttgart-Bad Cannstatt lockte während der zweistündigen Mittagspausen-Aktion nicht nur Kolleginnen und Kollegen an, sondern immer wieder auch Passanten, die sich informieren wollten.



> Vor dem Polizeipräsidium Freiburg: Information ist gefragt bei den Kolleginnen und Kollegen, aber auch bei vielen Freiburger Bürgerinnen und Bürgern. Die Verantwortlichen rund um den Infostand der DPoIG erteilten gerne Auskunft.

Expertenkommission zum Umgang mit psychisch auffälligen Gefangener nimmt Arbeit auf

BBW: Höchste Zeit, Bedienstete im Strafvollzug nicht länger alleine zu lassen

Der BBW – Beamtenbund Tarifunion begrüßt, dass jetzt eine Expertenkommission gezielte Maßnahmen erarbeitet, um das Personal im Strafvollzug bei der Betreuung und Versorgung von psychisch auffälligen Gefangenen zu unterstützen.

Es sei höchste Zeit, dass man die Bediensteten mit dem schwierigen Umgang dieser Menschen nicht länger alleine lässt, erklärte BBW-Chef Volker Stich nach der ersten Sitzung der Kommission im Dezember vergangenen Jahres. Mit der Einrichtung der Expertenkommission habe Justizminister Rainer Stichelberger eine über viele Jahre hinaus vernachlässigte Entwicklung zur sachgerechten und verantwortungsvollen Betreuung von Strafgefangenen angestoßen.

Der Expertenkommission gehört auch Alexander Schmid an, der Landesvorsitzende des Bundes der Strafvollzugsbediensteten (BSBD). Er ist einer der 16 Kommissionsmitglieder, die ihren Sachverstand in das Gremium einbringen, dem neben Praktikern aus dem Strafvollzug, Fachleute aus dem Bereich der Psychiatrie und der Behandlung Strafgefangener sowie Vertreter aus dem Justiz- und dem Sozialministerium und der Personalvertretung angehören. Die Expertenkommission soll den Ist-Zustand im Umgang mit psychisch auffälligen

Gefangenen ermitteln und konkrete Handlungsempfehlungen erarbeiten. Eine der zentralen Frage ist, wie psychische Auffälligkeiten im Justizvollzug zuverlässig erkannt und sachgerecht behandelt werden könnten. Die Rolle des Justizvollzugskrankenhauses soll in diesem Zusammenhang ebenso untersucht werden wie der Einsatz interner und externer Fachleute in den einzelnen Justizvollzugsanstalten und die Zusammenarbeit mit dem Maßregelvollzug und den psychiatrischen Kliniken.

Laut Angaben des Justizministeriums wurden im vergangenen Jahr bei 2 603 Gefangenen psychische Auffälligkeiten festgestellt. Letztlich ausschlaggebend für die Einrichtung der Expertenkommission waren dann aber die wiederholten Vorfälle in Strafvollzugsanstalten des Landes mit gewaltbereiten, psychisch auffälligen Strafgefangenen. Für besonderes Aufsehen hatte im Spätsommer der Tod eines Gefangenen in der Strafvollzugsanstalt Bruchsal gesorgt, der nach wochenlanger

Nahrungsverweigerung verhungert war.

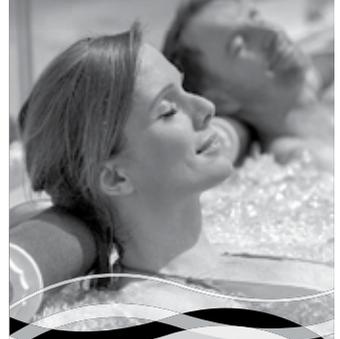
Die Vorfälle im Spätsommer 2014 hatten auch den BSBD-Landesvorsitzenden Alexander Schmid auf den Plan gerufen, der die Politik eindringlich aufforderte, die Bediensteten im Strafvollzug durch gezielte Maßnahmen zu entlasten.

Der Appell ist offensichtlich angekommen. Anlässlich der ersten Sitzung der Expertenkommission am 15. Dezember 2014 verwies Justizminister Rainer Stichelberger auf den einstimmigen Beschluss des Landtags im Zuge der Haushaltsberatungen, wonach neben der Erarbeitung von Leitlinien für den Umgang mit psychisch auffälligen Gefangenen auch die rechtlichen, organisatorischen, finanziellen und personellen Rahmenbedingungen des Justizvollzugs in Baden-Württemberg insgesamt überprüft werden sollen. Etwaige sächliche und personelle Mehrbedarfe sollen demnach in einem Nachtragshaushalt berücksichtigt werden.

Dieser Beschluss des Landtags schafft laut Stichelberger die finanzielle Grundlage dafür, dass die Empfehlungen der Kommission in die Praxis umgesetzt werden können. Die Kommission wird nach den derzeitigen Planungen monatlich tagen und im dritten Quartal 2015 ihren Abschlussbericht vorlegen.

Reise und Erholung DEUTSCHLAND

BAD WURZACH/ALLGÄU
GESUNDHEIT & WELLNESS



Anti-Stress Woche

Bewegung und Entspannung, Sauna, Thermalbad, Massagen und mehr
7 Ü/HP p. P. im DZ ab **€ 699,-**
Beihilfefähige Kuren möglich.

Moorsanatorium-Kurhotel am Reischberg
Inhaber Stadt Bad Wurzach
Karl-Wilhelm-Heck-Straße 12
88410 Bad Wurzach
☎ 0 75 64 / 30 40
www.kurhotel-am-reischberg.de

Pflegezeit, Familienpflegezeit, Elternzeit

BBW: Verbesserungen bei Pflege und Elternzeit auf Beamtenbereich übertragen

Zum 1. Januar 2015 sind das Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf und Änderungen des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes in Kraft getreten. Beide Gesetze bescheren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern deutliche Verbesserungen, das eine für pflegende Angehörige, das andere bei der Elternzeit. Entsprechende Verbesserungen hat der BBW beim Innenministerium jetzt auch für Beamtinnen und Beamte in Baden-Württemberg eingefordert.

Das Innenministerium hat inzwischen signalisiert, man sei dabei, eine Änderung der geltenden Vorschriften über die Elternzeit und die Pflegezeiten auf den Weg zu bringen.

Seit Jahren setzt sich der BBW beim Landesgesetzgeber dafür ein, Möglichkeiten zu schaffen, damit auch Beamtinnen und Beamte die Pflege von Angehörigen und Beruf besser vereinbaren können. Eine entsprechende Forderung hatte der BBW bereits im April 2012 im Rahmen seiner Stellungnahme zur Weiterentwicklung und Modernisierung des öffentlichen Dienstrechts, Stand 28. März 2012, erhoben. Berufen hatte sich der BBW damals

auf das zum 1. Januar 2012 in Kraft getretene Gesetz zur Vereinbarung von Pflege und Beruf, das es Beschäftigten ermöglichte, ihre Arbeitszeit über einen Zeitraum von maximal zwei Jahren auf bis zu 15 Stunden zu reduzieren, wenn sie einen Angehörigen pflegen (Familienpflegezeit).

Doch inzwischen räumt das jetzt in Kraft gesetzte Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf vom 23. Dezember 2014 (BGBl. S. 2462) Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern weit mehr ein. Neben Verbesserungen bei der Familienpflegezeit wurden für sie auch die Ansprüche nach dem Pflegezeitgesetz verbes-

sert und insbesondere ein Pflegeunterstützungsgeld als Lohnersatzleistung für Angehörige eingeführt, die kurzfristig eine arbeitsfreie Zeit für die Organisation einer neuen Pflegesituation benötigen und daher eine bis zu zehntägige Freistellung nach § 2 des Pflegezeitgesetzes in Anspruch nehmen.

Die ursprünglichen Regelungen zur Pflegezeit waren gemäß § 74 LBG auf die Beamtinnen und Beamten übertragen worden. Der Freistellungsanspruch gemäß § 74 Abs. 1 LBG von bis zu zwei Wochen besteht jedoch unter Wegfall der Dienst- oder Anwärterbezüge. Der BBW fordert daher, die

Verbesserungen durch das Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf wirkungsgleich auf den Beamtenbereich zu übertragen und eine bezahlte Freistellung vorzusehen.

Durch das Gesetz zur Einführung des Elterngeld Plus mit Partnerschaftsbonus und einer flexibleren Elternzeit im Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG) vom 18. Dezember 2014 (BGBl. S. 2325) sind Änderungen bei der Elternzeit zum 1. Januar 2015 in Kraft getreten. Insbesondere wurden die Voraussetzungen für eine Großelternzeit angepasst, der bis zum 8. Geburtstag eines Kindes übertragungsfähige Anteil einer Elternzeit auf bis zu 24 Monate erhöht sowie eine Verteilung der Elternzeit auf drei Abschnitte zugelassen. Auch hier fordert der BBW, die geänderten Regelungen des BEEG für Beamtinnen und Beamte entsprechend in die Arbeitszeit- und Urlaubsverordnung (AzU-VO) zu übernehmen. ■

Landesoberbehörde „IT Baden-Württemberg“

BBW mahnt Augenmaß an

Bereits zum 1. Juli 2015 soll die Landesoberbehörde „IT Baden-Württemberg“ (BITBW) den Betrieb aufnehmen.

Mit der Einrichtung einer solchen Behörde, die die Modernisierung der Informationstechnik (IT) in der öffentlichen Verwaltung voranbringen soll, kommt die Landesregierung einer Forderung des

BBW nach, die dieser bereits in seinem Positionspapier zur Optimierung von Ausgaben und Einnahmen des Staates vom 19. März 2013 erhoben hatte. Im Grundsatz begrüßt der BBW das Vorhaben. In sei-

ner Stellungnahme mahnt er jedoch zugleich Augenmaß an: Die Auswirkungen auf die einzelnen Ressorts seien genau zu beleuchten. Insbesondere dürfe es nicht zu Verschlechterungen beim IuK-

Einsatz kommen. Die Fachkompetenz und die Funktionsfähigkeit der fachbezogenen IT-Anwendungen in den Ressorts dürften nicht verloren gehen. Insbesondere aber müsse die Reform für die betroffenen Beschäftigten sozialverträglich umgesetzt werden. Uneingeschränkt positiv,

wie die Landesregierung ihr Projekt „IT Baden-Württemberg“ bewertet, urteilt der BBW nicht: Ob mit der Errichtung der Landesoberbehörde IT Baden-Württemberg die von der Landesregierung verfolgten Ziele erfolgreich zu erreichen sind, werde erst die Umsetzung des Gesetzes und die nähere Ausgestaltung der Organisation und die zeitliche Abfolge zeigen. Zweifel hat der BBW, dass die Einsparziele tatsächlich erreicht werden können. Seiner Einschätzung nach ist der Zeithorizont von fünf Jahren zu kurz.

Die vorgesehene Einbindung aller Fachverfahren, das heißt nicht nur der technische Betrieb der Fachverfahren (Systemtechnik und Hardware), sondern auch die gesamte Entwicklung und Pflege, hält der BBW „für mehr als fragwürdig“. Die Begründung: Die einzelnen Einrichtungen und Dienststellen hätten keinen direkten Zugriff mehr auf ihre Fachverfahren, sondern müssten für die Aufgabenerledigung und vor allem bei Störfällen in der Leistungserbringung das Einvernehmen mit dem Innenministerium herbeiführen. Zudem stellt man sich beim BBW die Frage, wie man sich die Abstimmung von Fachkompetenz mit der Programmierkompetenz vorstellt und ob es sinnvoll ist, diese Kompetenzen zu trennen. In diesem Zusammenhang weist der BBW

auf die Landesarchivverwaltung und die wissenschaftlichen Bibliotheken hin, die eng mit den Hochschulen und sonstigen wissenschaftlichen Einrichtungen verbunden sind und zum Teil auch kostensparend die IT-Einrichtungen der Hochschulen benutzen (Landeshochschulnetz BelWü, großvolumige Langzeitspeicherung beim KIT in Karlsruhe und Mitnutzung der Hochschulrechenzentren). Die Verlagerung all dieser Fachanwendungen an eine IT-Landesoberbehörde wäre nach Einschätzung des BBW mit erheblichen Mehrkosten verbunden. Als eine Besonderheit in diesem Bereich verweist der BBW auf das Bibliotheksservice-Zentrum Baden-Württemberg, das im Unterschied zum Hochschulservicezentrum als kooperative Hochschuleinrichtung nicht vom Hochschulbereich erfasst ist, obwohl es spezielle Dienstleistungen für die Bibliotheken der Hochschulen und den beiden Landesbibliotheken zur Unterstützung von Forschung und Lehre erbringt. So betreut das Bibliotheksservice-Zentrum auch außeruniversitäre Einrichtungen, wie Archive, Bibliotheken und Museen. Die Trennung von Dienstleistungen für Hochschulen und andere Kunden macht nach Ansicht des BBW keinen Sinn, da sie die Synergieeffekte im Bibliotheksservice zerschlagen würde. ■

IT-Fachmann Stefan Krebs soll CIO werden

Der IT-Fachmann Stefan Krebs (54) soll als neuer Chief Information Officer (CIO) ab 1. Juli 2015 die Weiterentwicklung der Informationstechnik in der Landesverwaltung steuern. Um die Bedeutung seiner Position als Beauftragter der Landesregierung für Informationstechnologie zu unterstreichen und ihm den nötigen Handlungsspielraum zu verschaffen, erhält er den Rang eines Ministerialdirektors im Innenministerium und Vortragsrecht im Kabinett.

Zu seinen ersten Aufgaben gehört die Feinplanung für die schrittweise Bündelung der bisher dezentralen IT-Einheiten der Landesverwaltung. Der CIO vertritt Baden-Württemberg künftig auch im Bund-Länder-übergreifenden IT-Planungsrat. ■



Verkehrs-Rechtsschutz mit Top-Leistung

Damit Sie privat und dienstlich abgesichert sind

Mit der HUK-COBURG fahren dbb-Mitglieder sicher, gut und günstig:

Verkehrs-Rechtsschutz abschließen

Versichern Sie ein bestimmtes Fahrzeug oder alle Fahrzeuge der Familie! In jedem Fall sind Sie auch als Fahrer eines fremden Fahrzeugs geschützt – zum Beispiel in einem Dienst- oder Behördenwagen.

Auch in der Autoversicherung niedrige Beiträge zahlen

Der Verkehrs-Rechtsschutz ist die optimale Ergänzung zu Ihrer HUK-COBURG-Autoversicherung. Günstige Beiträge, faire Bedingungen und guter Service überzeugen: Aktuell sind bereits mehr als 10 Millionen Fahrzeuge bei uns versichert. Und als dbb-Mitglied profitieren Sie erst recht:

25-Euro-Bonus mitnehmen

dbb-Mitglieder erhalten einmalig 25 Euro, wenn sie als Neukunde ihren Pkw bei der HUK-COBURG haftpfllichtversichern.

Angebot anfordern

Die Adresse Ihres nächsten Ansprechpartners finden Sie im örtlichen Telefonbuch oder auf www.HUK.de. Oder rufen Sie an: 0800 2 153153 – kostenlos aus deutschen Telefonnetzen.

Monatsbericht des Bundesfinanzministeriums legt offen:

Beim Schuldenmachen rangiert das Land ganz vorn

Die Stuttgarter Nachrichten titeln am 31. Januar 2015: „Südwesten macht mehr Schulden als andere Länder“. In der Stuttgarter Zeitung heißt es am gleichen Tag: „Land ist beim Schuldenmachen spitze“. Beide Berichte basieren auf dem Monatsbericht des Bundesfinanzministeriums (BMF) vom 30. Januar 2015, in dem die Bundesbehörde dem Land Baden-Württemberg bescheinigt, dass es trotz Rekordsteuereinnahmen im vergangenen Jahr mehr Schulden gemacht hat als andere Bundesländer.

Laut BMF hat Baden-Württemberg im vergangenen Jahr von allen 16 Bundesländern am meisten neue Kredite aufgenommen und steht mit neuen Krediten im Volumen von 1,2 Milliarden Euro zum zweiten Mal in Folge auf dem letzten Platz aller 16 Bundesländer. Die Pro-Kopf-Verschuldung hat sich um 112 auf 4 286 Euro verschlechtert.

Beim BBW wundert sich niemand über diese Zahlen. Das Land habe kein Einnahmen- sondern ein Ausgabenproblem, hat BBW-Chef Volker Stich schon wiederholt angemerkt. Schließlich gebe die Landesregierung das Geld mit vollen Händen für ihre Prestigeprojekte aus, beispielsweise um die Gemeinschaftsschule fest in der baden-württembergi-

schen Schullandschaft zu verankern, oder um den Nordschwarzwald trotz lautstarkem Bürgerprotest zu einem Nationalpark zu machen. Gespart werde lediglich im öffentlichen Dienst, vornehmlich bei den Beamtinnen und Beamten sowie den Versorgungsempfängern und den Hinterbliebenen, verbunden mit dem Hinweis auf die Schuldenbremse und dem strukturellen Haushaltsdefizit, das die Vorgängerregierung hinterlassen habe. Nach wie vor sind die grün-roten Pläne nicht vom Tisch, auch das Tarifiergebnis 2015/2016 nur zeitversetzt auf den Beamten- und Versorgungsbereich zu übertragen. Man habe pro Jahr ein Plus von 1,6 Prozent bei Beamtgehältern und Versorgungsbezügen im Haushalt eingeplant. Mehr sei nicht drin, hat Ministerpräsident Kretschmann erst kürzlich erklärt.

Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2014

Das Bundesfinanzministerium hat Ende Januar 2014 Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder bis einschließlich November 2014 vorgelegt.

Demnach stiegen die Einnahmen der Ländergesamtheit im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 3,4 Prozent, während sich die Ausgaben um 3,6 Pro-

zent erhöhten. Die Steuereinnahmen nahmen im Vergleich zum Vorjahr um 4,1 Prozent zu. Das Finanzierungsdefizit der Länder insgesamt betrug Ende November 9,4 Milliarden Euro und lag damit 0,8 Milliarden Euro über dem Vorjahreswert.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Dezember 2014

Die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) sind im Dezember 2014 im direkten Vorjahresvergleich um insgesamt 8,3 Prozent gestiegen.

Verteilung auf Bund, Länder und Gemeinden

Die Steuereinnahmen des Bundes lagen im Dezember 2014 um 12,2 Prozent über dem Vorjahresniveau. Neben dem Anstieg der gemeinschaftlichen Steuern trug hierzu der durch die Entwicklung bei der Kernbrennstoffsteuer verursachte außergewöhnliche Anstieg der Bundesteuern bei. Die EU-Eigenmittelabrufe haben sich um 0,5 Prozent verringert.

Die Steuereinnahmen der Länder stiegen im Monat Dezember 2014 mit 5,1 Prozent deutlich gegenüber dem Vorjahresmonat. Ebenso wie der Bund partizipieren die Länder an der guten Entwicklung der gemeinschaftlichen Steuern. Zudem zeigen auch die reinen Ländersteuern im Dezember 2014 mit 18,1 Prozent ein kräftiges Wachstum. Der leichte Rückgang der Bundesergänzungszuweisungen um 3,1 Prozent wirkte dämpfend auf die Einnahmen der Länder. Der Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern stieg um 5,6 Prozent.



BBW-Chef empfängt vbba-Landesvorsitzenden

Engere Zusammenarbeit vereinbart

Der Landesvorsitzende des BBW – Beamtenbund Tarifunion, Volker Stich, und der Landesvorsitzende der vbba – Gewerkschaft Arbeit und Soziales Baden-Württemberg, Christian Löschner, sind Ende Januar zu einem Gedankenaustausch in der Geschäftsstelle des BBW in Stuttgart zusammengetroffen.

Neben dem persönlichen Kennenlernen der beiden Vorsitzenden standen der Austausch über die aktuelle Situation bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern, die aktuelle Tarifrunde im Land sowie das Abstimmen gegenseitiger Unterstützungs-

möglichkeiten auf der Tagesordnung. BBW-Chef Stich dankte sich dabei ausdrücklich bei den Kolleginnen und Kollegen der vbba, die sowohl bei den Warnstreiks in der letzten Tarifrunde als auch bei den Protesten gegen die Sparpolitik der Landesregierung gemeinsam mit dem BBW bei den Demonstrationen sichtbar Flagge gezeigt haben.

Für die Zukunft wurde eine engere Zusammenarbeit vereinbart. So wird der vbba-Landesvorstand seine nächste Sitzung in der Stuttgarter Geschäftsstelle des BBW durchführen. ■



> Trafen sich zu einem Gedankenaustausch: vbba-Landesvorsitzender Christian Löschner (links) und BBW-Chef Volker Stich.

Politisches Abendessen beim Ehrenvorsitzenden in Freudenstadt

Treffen im Grenzsteinmuseum in erlesener Runde



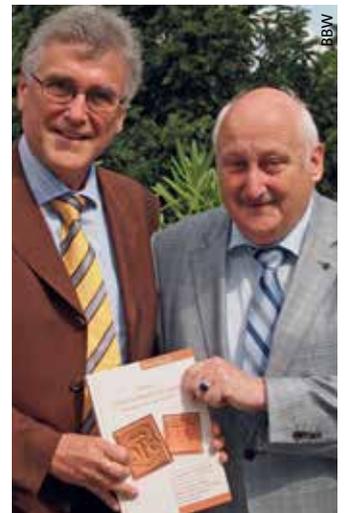
> Gaben sich ein Stelldichein im Grenzsteinmuseum von Horst Bäuerle in Freudenstadt (von rechts): Daniel Sander, Hauptgeschäftsführer der Ingenieurkammer BW; BBW-Chef Volker Stich; Michael Theurer, Europaabgeordneter und FDP-Landesvorsitzender; Peter Heesen, dbb Ehrenvorsitzender; der Gastgeber Horst Bäuerle, BBW-Ehrenvorsitzender; Klaus Dauderstädt, dbb Bundesvorsitzender; Willi Stächele, Finanz- und Europaminister a. D.; Urs Stauffer, Präsident des Zentralverbandes für öffentliches Personal Schweiz; Erny Reuter, Ehrengeneralsekretär der Luxemburger Gewerkschaft für öffentliches Personal.

Mehr als zehn Jahre ist es her seit Horst Bäuerle, der langjährige Vorsitzende des BBW – Beamtenbund Tarifunion, sich

aus dem aktiven Geschäft in den Ruhestand verabschiedet hat. Doch den totalen Rückzug ins Privatleben hat der Ehren-

vorsitzende des BBW bis zum heutigen Tag nicht vollzogen. Er ist auch mit 78 Jahren noch ein gefragter Gesprächspartner. So trafen sich bei ihm in Freudenstadt in erlesener Runde einflussreiche Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, dem Beamtenbund und dem schweizerischen Pendant, dem Zentralverband für öffentliches Personal. Hätte nicht der SPD-Fraktionschef absagen müssen, könnte man fast sagen, der traditionelle Parlamentsquerschnitt der Republik und Europas hätte sich zu einem politischen Abendessen im Grenzsteinmuseum im Hause Bäuerle versammelt.

Bäuerles Grenzsteinmuseum ist eine Rarität. Die 5 500 Exponate, die die Wände im Hause Bäuerle schmücken, legen Zeugnis über 300 Jahre Geschichte des Landes und seiner Rolle im Zentrum Europas ab. Reguläre Öffnungszeiten gibt



> BBW-Chef Volker Stich und der BBW-Ehrenvorsitzende Horst Bäuerle im Sommer 2012, kurz nachdem Bäuerles Grenzsteinzeugen-Buch erschienen war.

es in diesem Museum allerdings nicht. Doch wer an der Geschichte des Landes interessiert ist und sich bei Horst Bäuerle meldet, der wird vom Hausherrn gerne empfangen. ■

Mit Kommunalen Landesverbänden geeinigt

Land macht Geld für schulische Inklusion locker

Finanz- und Wirtschaftsminister Nils Schmid und Kultusminister Andreas Stoch haben mit den Kommunalen Landesverbänden eine Einigung erzielt, wie die im kommunalen Bereich anfallenden Kosten für den gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung ab dem kommenden Schuljahr verteilt werden.

Die Umsetzung der Inklusion sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, sagten die Minister. Die Vereinbarung mache deutlich, dass Land und Kommunen gemeinsam daran arbeiteten, sie zu einem Erfolg zu führen.

Der Vereinbarung zufolge erhalten die Kommunen für bauliche Maßnahmen und den Mehraufwand bei Lernmitteln eine jährliche Ausgleichszahlung. Auch an den zu erwartenden zusätzlichen Aufwendungen für die Jugendhilfe wird sich das Land beteiligen. Im Bereich der Eingliederungshilfe haben sich Land und Kommunale Landesverbände auf eine freiwillige pauschale Leistung des Landes verständigt. Darüber hinaus hat sich das Land bereit erklärt, die für die Schülerbeförderung an die Kommunen geleisteten Beträge in den kommenden Jahren zu erhö-

hen. Insgesamt belaufen sich die Zahlungen des Landes für das Schuljahr 2015/2016 auf 18 Millionen Euro, für das Schuljahr 2016/2017 liegen sie bei 24 Millionen Euro, in den beiden darauffolgenden Schuljahren bei jeweils 30 Millionen Euro.

Weiterhin wurde vereinbart, nach drei Jahren eine Überprüfung der tatsächlich entstandenen Mehrkosten vorzunehmen und auf dieser Basis weitergehende Vereinbarungen zu treffen.

„Mit der Vereinbarung bringen wir die Umsetzung der Inklusion einen wichtigen Schritt voran“, sagte Kultusminister Stoch und Finanz- und Wirtschaftsminister Schmid ergänzte, man habe jetzt eine notwendige finanzielle Grundlage geschaffen, damit das Vorhaben gelingen könne.



Der BBW begrüßt die Vereinbarung zwischen den Kommunen und dem Land. „Wir müssen den Rechtsanspruch der Eltern nach inklusiver Beschulung anerkennen“, sagt der BBW-Vorsitzende, gibt jedoch zu bedenken, dass Inklusion nicht bei allen Behinderungen der richtige Weg sein muss. So hätten schon bislang körper-

lich behinderte Kinder erfolgreich das Regelschulsystem besucht, wohingegen bei starker geistiger Behinderung nicht nur die Interessen der behinderten Kinder und ihrer Eltern, sondern auch der Anspruch aller Kinder in einer Klasse nach begabtgerechter Förderung berücksichtigt werden müsse.

Seminarangebote im Jahr 2015

In Zusammenarbeit mit der dbb akademie führt der BBW – Beamtenbund Tarifunion im Jahr 2015 folgende verbandsbezogene Bildungsveranstaltungen durch:

● **Dienstrecht**

Seminar 2015 B095 GB vom 5. bis 8. Mai 2015 in Königswinter.

Im Mittelpunkt dieses Seminars steht das Dienstrecht in Baden-Württemberg mit Beamten(-status)recht, Besoldungsrecht und Beamtenver-sorgungsrecht. Ein weiteres Thema ist das Beihilferecht in Baden-Württemberg.

(15 Teilnehmerplätze)
Teilnehmerbeitrag:
Für Mitglieder 183 Euro

● **Gesundheitsmanagement**

Seminar 2015 B132 GB vom 26. bis 28. Juni 2015 in Königswinter.

Wie entsteht Stress? Was kann ich dagegen tun, im Beruf und im Alltag? In diesem Seminar

können die Teilnehmer ihr „persönliches Gesundheitsmanagement“ erlernen. Im Mittelpunkt stehen dabei die Fragen: Umgang mit und Bewältigung von Stress – Richtige Ernährung – Bewegung und Sport. Zudem üben Sie, sich zu entspannen, erfahren hautnah die Bedeutung von Sport und Bewegung und lernen, warum Ernährung und Wohlbefinden viel miteinander zu tun haben.

(Wochenendseminar)
(15 Teilnehmerplätze)
Teilnehmerbeitrag:
Für Mitglieder 122 Euro

● **Konfliktmanagement – „Schwierige Gespräche führen“**

Seminar 2015 B113 GB vom 28. bis 30. Juni 2015 in Königswinter.

Der Umgang mit Kunden, Kollegen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich beschweren oder verärgert sind, ist eine schwierige Sache. Ein besseres Miteinander gelingt, wenn die Kommunikation wertschätzend gestaltet wird. Häufig sind es nur Kleinigkeiten, die darüber entscheiden, wie das Ergebnis eines schwierigen Gesprächs aussieht. Die bewusste Anwendung von Deeskalationsmethoden bietet die Grundlage, um die Gesprächsatmosphäre so zu gestalten, dass der Verlauf eines schwierigen Gesprächs für alle Beteiligten zufriedenstellend ist.

(15 Teilnehmerplätze)
Teilnehmerbeitrag:
Für Mitglieder 122 Euro

● **Digitale Fotografie/ Bildbearbeitung**

Seminar 2015 B133 GB
vom 28. bis 30. Juni 2015
in Königswinter.

In diesem Seminar erlernen die Teilnehmer die digitale Bildbearbeitung und das Erstellen von Fotobüchern. PC-Grundkenntnisse erforderlich.

(15 Teilnehmerplätze)
Teilnehmerbeitrag:
Für Mitglieder 122 Euro

● **Personalmanagement – Personal gewinnen, Personal halten – Anforderungen an das Personalmanagement**

Seminar 2015 B143 GB
vom 12. bis 14. Juli 2015
in Königswinter.

In der diesjährigen Veranstaltung unserer Seminarserie zum Personalmanagement stehen die Themen: Der/Die richtige Mann/Frau am richtigen Platz – Personalauswahl – aber wie? Personal gewinnen und Personal halten unter demografischen und gesellschaftlichen Gesichtspunkten. Arbeitsrecht kompakt – Interessante Entwicklungen im Tarif- und Arbeitsrecht inkl. Rechtsprechung (u. a. Hinweise auf Mindest-

lohn, Allg. Gleichbehandlungsgesetz, Teilzeit-Befristungsrecht).

(15 Teilnehmerplätze)
Teilnehmerbeitrag:
Für Mitglieder 122 Euro

● **Moderne Gewerkschafts- organisation, Mitglieder- gewinnung und -betreuung**

Seminar 2015 B176 GB vom
20. bis 22. September 2015 in
Königswinter.

Dieses Seminar richtet sich an ehrenamtliche Amtsinhaber, wobei die Optimierung der Gewerkschaftsarbeit im Vordergrund steht.

(15 Teilnehmerplätze)
Teilnehmerbeitrag:
Für Mitglieder 122 Euro

● **Gesundheitsmanagement: Gesund und fit bei der Büroarbeit**

Seminar 2015 B198 GB
vom 9. bis 11. Oktober 2015 in
Königswinter.

In diesem Seminar wird speziell auf das „persönliche Gesundheitsmanagement“ bei der täglichen Büroarbeit eingegangen. Es geht dabei um Stress und um wirksame Methoden, diesen zu vermeiden beziehungsweise zu bewältigen. Weiterhin wird auf die schützende und stressreduzierende Wirkung von Entspannung, Sport und Bewegung eingegangen und in der praktischen Anwendung geübt.

(15 Teilnehmerplätze)
Teilnehmerbeitrag:
Für Mitglieder 122 Euro

● **Informationstechnologien**

Seminar 2015 B230 GB vom
15. bis 17. November 2015 in
Königswinter.

Dieses Seminar richtet sich an Pensionäre/Rentner (oder solche, die es bald werden), die noch keine oder nur geringe PC-Kenntnisse haben. Dabei

sollen insbesondere die Möglichkeiten des persönlichen Schriftverkehrs (MS Word) bis hin zur Erstellung von Serienbriefen behandelt und geübt werden. Die praktische Anwendung wird an Geräten trainiert. Jedem Teilnehmer steht für das Seminar ein eigener EDV-Platz zur Verfügung.

(15 Teilnehmerplätze)
Teilnehmerbeitrag:
Für Mitglieder 122 Euro

● **Personalentwicklungsgespräche zwischen Mitarbeitern und Vorgesetzten**

Seminar 2015 B138 GB
vom 22. bis 24. November 2015
in Königswinter.

Mitarbeitergespräche gehören in den meisten Dienststellen zu den eingeführten Instrumenten der Personalentwicklung. Für Vorgesetzte sind die Gespräche eine Last, weil sie sehr persönlich auf die Lage und die Perspektiven der Mitarbeiter eingehen sollen, für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stellen sie häufig eine Belastung dar, weil sie nicht wissen, was sie erwartet. Das Seminar beleuchtet die Grundlagen der Personalentwicklungsgespräche. Vorgesetzte erhalten Sicherheit in der Anwendung und der Ablaufsteuerung, Mitarbeiter gewinnen ein sicheres Gefühl hinsichtlich ihrer persönlichen Stärken sowie dem Umgang mit kritischen Themen.

(15 Teilnehmerplätze)
Teilnehmerbeitrag:
Für Mitglieder 122 Euro

● **Tarifpolitik**

Seminar 2015 B236 GB vom
22. bis 24. November 2015 in
Königswinter.

Dieses Seminar richtet sich vor allem an Kolleginnen und Kollegen, die sich für Arbeitnehmerfragen (Tarifrecht) interessieren.

(15 Teilnehmerplätze)
Teilnehmerbeitrag:
Für Mitglieder 122 Euro

● **Persönlichkeits- management – Selbstmanagement**

Seminar 2015 B197 GB vom
6. bis 8. Dezember 2015
in Königswinter.

Dieses Seminar richtet sich an Menschen, die in Veränderungsprozesse einbezogen sind oder den Bedarf an Veränderung spüren, aber noch nicht richtig sehen, wohin es gehen kann. Seminarinhalte sind: Veränderungsbedarf wahrnehmen und beschreiben sowie Selbstsicherheit bei der Gestaltung anstehender Änderungsprozesse gewinnen.

(15 Teilnehmerplätze)
Teilnehmerbeitrag:
Für Mitglieder 122 Euro.

Über unser Seminarangebot hinaus bieten wir auch die Möglichkeit, über „Voucher“ Seminare der dbb akademie zu buchen. Mit diesen Gutscheinen besteht die Möglichkeit, vergünstigt an Seminaren des offenen Programms der dbb akademie teilzunehmen.

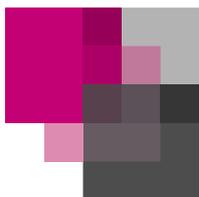
Interessenten informieren sich auf der Homepage der dbb akademie (www.dbbakademie.de) bei den Seminaren im „offenen Programm“ (Kennbuchstabe „Q“ vor der Seminarnummer) und fragen dann beim BBW nach, ob für diese Veranstaltung Voucher zur Verfügung stehen. Unabhängig von dem im Seminarprogramm veröffentlichten Teilnehmerbeitrag verringert sich dieser durch die Inanspruchnahme des Voucher auf 112 Euro.

Mit diesem Angebot wollen wir unseren Mitgliedern die Möglichkeit einräumen, zu vergünstigten Teilnehmergebühren von dem vielseitigen Seminarangebot der dbb akademie Gebrauch zu machen.

Für Seminare mit politischem Inhalt wird bei der Bundeszentrale für politische Bildung die Anerkennung als förderungswürdig im Sinne der Vorschriften über Sonderurlaub für Beamte und Richter im Bundesdienst beantragt, sodass auch Sonderurlaub nach den landesrechtlichen Vorschriften gewährt werden kann.

Alle Seminare sind auch für Nichtmitglieder offen. Der Teilnehmerbeitrag beträgt bei Nichtmitgliedern das Doppelte des ausgewiesenen Betrages.

Anmeldungen können nur über die Landesgeschäftsstellen der Mitgliedsverbände des BBW entgegengenommen werden. Diese halten Anmeldeformulare bereit. Eine unmittelbare Anmeldung bei der dbb akademie ist nicht möglich. Anmeldeformulare sowie unser Seminarprogramm finden Sie auch im Internet unter www.bbw.dbb.de. Sofern dies bei einzelnen Veranstaltungen nicht ausdrücklich anders angegeben ist, gehören Verpflegung und Unterbringung zum Leistungsumfang. Darüber hinaus verweisen wir auf die weiteren von der dbb akademie angebotenen Seminare, die Sie im Internet unter www.dbbakademie.de finden.



BBW Beamtenbund Tarifunion

Gewerkschaft für den öffentlichen Dienst

Niemand kommt im
heutigen Berufsleben

ohne

Gewerkschaftsvertretung aus.
Allein auf sich gestellt
haben Sie

wenig Chancen,

Ihre Interessen durchzusetzen
und Ihre Rechte wahrzunehmen.

130.000

Mitglieder

solidarisch
kompetent
erfolgreich



auch ich möchte
Mitglied werden!

BBW – Beamtenbund Tarifunion
Postfach 10 06 13
70005 Stuttgart

Absender

Berufs-/Dienstbezeichnung

Ich bin beschäftigt bei

BBW – Beamtenbund Tarifunion
Am Hohengeren 12
70188 Stuttgart

Telefon 07 11/1 68 76-0
Telefax 07 11/1 68 76-76
E-Mail bbw@bbw.dbb.de
<http://www.bbw.dbb.de>